

Mitteilung

Parteitag der CSP Obwalden vom 30.08.2016 zu den Abstimmungsvorlagen vom 25.09.2016

Anlässlich des Parteitages vom 30.08.2016 haben die rund 25 anwesenden Mitglieder der CSP Obwalden im Restaurant Metzgern in Sarnen die folgenden Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 25.09.2016 gefasst:

Nachrichtendienstgesetz (vorgestellt durch Ständerat Erich Ettlin): **JA**

Die CSP Obwalden gelangte einstimmig zur Auffassung, dass das Nachrichtendienstgesetz zu einer verbesserten Sicherheit für alle durch zeitgemässe Überwachungsmöglichkeiten führt und dabei dennoch die Freiheit des Einzelnen durch ein strenges Genehmigungs- und Kontrollregime gewahrt bleibt.

Volksinitiative „AHVplus“ (vorgestellt durch Kantonsrätin Helen Keiser-Fürer): **NEIN**

Einige wenige CSP-Mitglieder begrüsst zwar eine Erhöhung der Altersrente und die damit nach ihrer Auffassung einhergehende Stärkung der ersten Säule. Bei den meisten Anwesenden fand die Initiative indes keine Unterstützung. Die finanzielle Mehrbelastung der AHV um mehr als CHF 4 Milliarden ist nach grossmehrheitlicher Ansicht nicht zu verantworten und bringt insbesondere für viele Ergänzungsleistungsbezüger kaum eine Verbesserung der finanziellen Verhältnisse. Ebenso könnte eine Annahme der Initiative der geplanten Altersvorsorgereform 2020 entgegenstehen, was nicht begrüsst wurde.

Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ (vorgestellt durch Kantonsrat Christian Schäli): **JA**

Aus Sicht der grossen Mehrheit der CSP Obwalden ist der heutigen ökologisch nicht nachhaltigen Lebensweise resp. der Übernutzung der Ressourcen entgegenzuwirken. Der „ökologische Fussabdruck“ wurde zwar von einigen als nicht geeignetes oder als unvollständiges Messinstrument für die Umweltbelastung bezeichnet. Letztlich wurde aber der Kern des Anliegens der Initianten, mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz zu schaffen, klar unterstützt.

Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (vorgestellt durch Kantonsrat Dr. Leo Spichtig): **NEIN**

Beinahe einstimmig hat sich die Versammlung gegen den Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz ausgesprochen. Die CSP Obwalden unterstützt damit das Anliegen des Referendumskomitees, Sparübungen auf Kosten der unteren Einkommensschichten zu verhindern. Ausserdem darf es nach grossmehrheitlicher Meinung der CSP Obwalden nicht sein, dass die Einflussnahme des Kantonsparlaments (als Volksvertreter) auf die Festsetzung der Höhe der Prämienverbilligung dermassen stark eingeschränkt wird, wie das mit dem Nachtrag vorgesehen ist.

Kerns, 31.08.2016

Christian Schäli

Co-Präsident CSP Obwalden